

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

April 2018

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



„Ziele waren nicht realisierbar“

Minister Volker Wissing verteidigt Abbruch der Jamaika-Sondierungen durch die FDP



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Von Dr. Hugo Müller-Vogg

Die CDU will, dass Angela Merkel Kanzlerin bleibt. Das hat der Bundesparteitag mit großer Mehrheit so beschlossen – bei nur 27 Gegenstimmen. Das hat niemanden, der die CDU auch nur ein wenig kennt, überrascht. Ohnehin ist, wer Überraschungen sucht, auf CDU-Parteitag fehl am Platz. So war das Treffen der knapp 1000 Delegierten ein Tag der Nicht-Überraschungen. Hier meine Hit-Liste der Nicht-Überraschungen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Nicht-Überraschung Nr. 1: Merkel hält eine Merkel-Rede. Die Kanzlerin war noch nie eine Rednerin, die einen Parteitag mitreißt. Sie ist sich in Berlin treu geblieben. Angela Merkel hält eine typische Merkel-Rede: solide, ohne originelle Formulierungen, ohne jene „Dynamik“, wie sie im Tagungsmotto beschworen wird.

Nicht-Überraschung Nr. 2: Die CDU-Vorsitzende vermeidet jede tiefergehende Analyse der schweren Verluste bei der Bundestagswahl. Viel mehr Zeit verwendet sie auf die Wahlerfolge der CDU bei den Landtagswahlen 2017: im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, in Schleswig-Holstein. Selbst die Tatsache, dass die CDU-Niedersachsen ihre Position als stärkste Fraktion eingebüßt hat, wird als Erfolg verkauft: als die Ablösung von Rot-Grün in Hannover durch Rot-Schwarz.

Nicht-Überraschung Nr. 3: Merkel propagiert keinen Aufbruch, keine Erneuerung der CDU. Das war nach 18 Jahren an der Spitze der Partei und nach mehr als 12 Jahren im Kanzleramt nicht zu erwarten. Merkel verkündet in Berlin ein inhaltliches „Weiter so“ – mit ein paar neuen personellen Akzenten.

Nicht-Überraschung Nr. 4: Der Koalitionsvertrag wird gelobt. Merkel und ihre „erste Mannschaft“ am Rednerpult heben hervor, was man alles an SPD-Forderungen abgewehrt habe. Hinweise auf die Stellen, in denen etwa eine unmissverständliche „CDU-Handschrift“ zu erkennen wäre, sind kaum zu hören.

Nicht-Überraschung Nr. 5: Die Personalpolitik Merkels hat den gewünschten Effekt: An-



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

negret Kramp-Karrenbauer als neue Generalsekretärin kommt bestens an, wird nach ihrer temperamentvollen Vorstellungsrrede mehr gefeiert als Merkel nach ihrer Verteidigung des Koalitionsvertrags. Die Delegierten wissen zu schätzen, dass jemand das Amt der Ministerpräsidentin eintauscht gegen das der Generalsekretärin – sozusagen ein selbst gewähltes „down grade“. Noch ein Vorzug von „AKK“: Sie ist aus der Sicht der CDU-Basis viel besser geerdet als ihr erfolgloser Vorgänger, spricht den Mitgliedern und Funktionären aus der Seele, präsentiert sich nicht als intellektuelle Managerin, sondern als Überzeugungstäterin. Ihr Wahlergebnis spricht für sich: 99 Prozent – knapp am „Schulz-Hype“ vorbei.

Nicht-Überraschung Nr. 6: Die Nominierung von Jens Spahn für einen Kabinettsposten hat den konservativen Parteiflügel sichtbar beruhigt. Seine Berufung wird als personifizierter Widerspruch zur Aussage von Armin Laschet gewertet, wonach das Konservative „nicht zum Markenkern“ der Union zähle.

Nicht-Überraschung Nr. 7: Die prominentesten Merkel-Kritiker gehen nicht in die Bütt. Roland Koch, Friedrich Merz, Wolfgang Bosbach sind in Berlin nicht zu sehen, auch nicht zu hören. Wobei man der Fairness halber sagen muss, dass Merz als Nicht-Delegierter gar kein Rederecht gehabt hätte. Aber er hätte als Gast kommen und so ein Zeichen setzen können; er tat es – wie zu erwarten war – nicht.

Nicht-Überraschung Nr. 8: Unmut äußert sich bei der CDU nur indirekt. Als Angela Merkel den von ihr sozusagen entlassenen Ministern Thomas de Maizière und Hermann Gröhe dankt, gibt es sehr starken und sehr langen Applaus, der in rhythmisches Klatschen übergeht. Darin stecken Dank und Anerkennung für die Leistungen der beiden Abgehalfterten. Das ist zugleich eine Art des Protests gegen die Art und Weise, wie Merkel zwei verdiente Mitstreiter geopfert hat.

Nicht-Überraschung Nr. 9: Auf eine echte Auseinandersetzung mit der teils konservativen, teils völkischen, teils antisemitischen AfD verzichtet Merkel. Sie verurteilt deren Antisemitismus und erwähnt die schweren Verluste an die neue Konkurrenz von ganz rechts. Aber über die Ursachen dafür, dass „rechts von der Union“ eine „demokratisch legitimierte Partei“ (Strauß) entstehen konnte, wird auf dem Parteitag mehr an den Kaffeeständen als im Plenum gesprochen. Die Aussage von Jens Spahn, er wolle sich mit dieser Partei nicht abfinden, stößt auf große Zustimmung.

Nicht-Überraschung Nr. 10: Der Wirtschaftsflügel ist ein Papiertiger. Niemand hat in der Partei Ludwigs Erhards so wenig zu sagen wie der Wirtschaftsrat der CDU. Sein Präsident kritisiert den Koalitionsvertrag – zu Recht – als zu sehr auf „Verteilung“ ausgerichtet. Seine Mitteilung, seine Organisation habe den Koalitionsvertrag einstimmig abgelehnt, interessiert im Saal jedoch so gut wie niemanden. Vor zahnlosen Tigern hat man keine Angst.

Zugegeben: Es gab doch zwei Überraschungen. Die erste war der Parteitag an sich. Anders als 2005 und 2013 wurde das Ja zur Großen Koalition bei der CDU nicht von dem kleinen Bundesausschuss, sondern von einem Parteitag beschlossen. Auch das war eine Konzession der Vorsitzenden an die vom Wahlergebnis enttäuschte Basis. Die zweite Überraschung: Es gab mehr als 50 Wortmeldungen – und keinen Versuch, die Aussprache mit Blick auf die Uhr abzukürzen oder abzuwürgen. So besehen war der 30. CDU-Parteitag seit der Wiedervereinigung einer der lebendigsten. ■

Erstveröffentlichung auf www.cicero.de

Merkels kleine Zugeständnisse

Hier fängt Ihr Urlaub an!

Erleben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnung.

Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere - und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafengebiete, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 54,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> 
	<p>max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 48,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita II Obergeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen</p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen,</p> 
	<p>max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht</p>	<p>Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen</p> 

Alle Objekte unter www.vermietung-norddeich.de

Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann
Alter Fischerspfad 5, 26506 Norden - Norddeich
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: info@vermietung-norddeich.de

Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr - 13:00 Uhr
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar
(An- & Abreisen)

Unternehmen am Pranger

von Frank Schäffler MdB

Es gibt vieles, was man am Koalitionsvertrag von Union und SPD kritisieren kann. Es sind der mangelnde Mut, die fehlende Perspektive und die Reformunfähigkeit, die man mit Recht bemängeln muss. Aber eigentlich ist es das Bild, das von Bürgern und Unternehmen gezeichnet wird, das besonders entlarvend ist. Es ist das Bild des fürsorglichen Staates, der seine Untertanen an die Hand nimmt, ihnen die Lebensrisiken abnehmen und sie behüten und beschützen will. Die Koalitionäre behandeln die Bürger eigentlich wie Schafe. Sie dürfen ab und zu blöken, aber ansonsten werden sie regelmäßig geschoren und eingehegt.

Wer sich nicht benimmt, wird an den Pranger gestellt. So heißt es im Koalitionspapier: „Wir unterstützen eine gerechte Besteuerung großer Konzerne, gerade auch der Internetkonzerne wie Google, Apple, Facebook und Amazon.“ Es mag inzwischen wohlfeil sein, auf die Internetgiganten einzuprügeln. Doch ist es nicht bezeichnend, wenn hier allein US-Konzerne aufgeführt werden? Wenn die angehende Koalition schon Unternehmen wegen ihrer Steuerpraxis kritisiert, dann sollte

sie doch erstmal vor der eigenen Haustüre kehren. Der Staatskonzern Airbus hat seinen Unternehmenssitz nicht deshalb in das niederländische Leiden verlegt, weil dort die Innenstadt so schön ist oder der Käse so gut schmeckt, sondern weil der Konzern das attraktive niederländische Steuerrecht anwendet, um seine Steuerlast geschickt auf nahe null zu drücken.

Doch sei es drum – das Steuerrecht leidet letztlich unter dem Anspruch der Einzelfallgerechtigkeit, und es wird von der künftigen Koalition weiter verschlimmbessert werden. Die Koalition erkennt eine vermeintliche

Ungerechtigkeit und versucht diese detailreich im Steuerrecht anzupassen. Dieser Wettlauf gegen die Steuerabteilungen der Konzerne ist letztlich ein Hase-und-Igel-Spiel, das immer zulasten der kleineren und mittleren Unternehmen geht, die sich keine großen Steuerberatungskanzleien oder -abteilungen im Unternehmen leisten können oder wollen, sondern anschließend mit dem dann noch komplizierten Steuerrecht leben müssen.

Ein gerechtes Steuerrecht sähe anders aus. Es würde nicht auf den Einzelfall, auf groß oder klein, auf die Her-

kunft des Unternehmens oder sein Geschäftsmodell schauen. Ein gerechtes Steuerrecht würde allgemeine, abstrakte Regeln schaffen, die für alle gleich sind. Dieser Anspruch müsste Leitbild für das Steuerrecht sein. So ein Steuerrecht würde auch Lobbyinteressen aushebeln. Mittelständler können sich meist teure Vertretungen in der Hauptstadt nicht leisten, sondern nur die großen Konzerne.

Daher sollten insbesondere CDU und CSU Ludwig Erhards „Wohlstand für Alle“ hernehmen. Darin schreibt Erhard sehr eindrücklich über die Sonderinteressen in der Politik: „Das Nachgeben gegenüber einzelnen Forderungen bestimmter Wirtschaftskreise verbietet sich auch wegen der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens. Jede einzelne Maßnahme in der Volkswirtschaft hat Fernwirkungen auch in Bereichen, die von den Aktionen gar nicht betroffen werden sollen, ja, von denen niemand bei flüchtiger Beobachtung glauben möchte, dass sie von den Ausstrahlungen berührt werden.“ Hier gilt es anzusetzen, wenn man den Anspruch hat, Wohlstand für alle zu ermöglichen. ■

Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht



Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt!

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden.

So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de

ONLINESHOPS



SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

Wie der Hase da so läuft: Eine Ministerin vor hohen Hürden

von Klaus Kelle

Demokratie ist eine feine Sache. Wenigstens hin und wieder wird das Volk gefragt, in welche Richtung ungefähr sich die Politik bewegen soll. Und jeder, auch die, die keine Ahnung haben, dürfen mitreden und für ihre Überzeugungen streiten. Manche schaffen es bis nach ganz oben, etwa ein Taxifahrer und linksextremer Straßenschläger, der in Deutschland Vizekanzler und Bundesaußenminister werden konnte.

Und er hat es gut gemacht, der Joseph Fischer aus Gerabronn, der Deutschland auf internationaler Bühne selbstbewusst vertreten und keine Scheu hatte, selbst einem Schwergewicht auf der Weltbühne wie der damaligen US-Außenministerin Madeleine Albright klar zu sagen, dass er und damit Deutschland nicht convinced, also nicht überzeugt sei und deshalb nicht in den Irakkrieg ziehen werde. Das war klasse von Joschka.

Oder nehmen Sie Ursula von der Leyen, die noch 1978 für wohlthätige Zwecke gemeinsam mit ihrer Familie eine Single mit

zwei Volksliedern aufnahm, darunter Wohlauf in Gottes schöne Welt. Sie studierte Archäologie, dann Volkswirtschaft und schließlich Medizin. Und jetzt ist sie Bundesministerin der Verteidigung, leider auch noch die nächsten dreieinhalb Jahre.

Nun also Anja Karliczek aus dem schönen Münsterland, genau aus Ibbenbüren. Eine gelernte Bankkauffrau, die dann zur Hotelfachfrau umschulte. Berufsbegleitend absolvierte sie auch noch ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der FernUniversität in Hagen, das sie 2008 mit dem akademischen Grad Diplom-Kauffrau abschloss. So lesen wir es auf Wikipedia. Und nun wird sie

Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Warum denn nicht? Ich meine, Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe ist eigentlich Jurist, und er hat seinen Job nach Meinung vieler Mediziner exzellent gemacht. Deshalb wird er ja auch im neuen Kabinett nicht mehr vertreten sein. Das ist so unter Führung von Angela Merkel, die ja immer wieder vom Volk gewählt wird. Muss man halt mit klarkommen...

Doch zurück zu Anja Karliczek. Die stellte sich nach ihrer für die Öffentlichkeit überraschenden Nominierung dem WDR zu einem Interview, das Sie noch einmal genießen können. Auf die Frage, was denn

das „Leuchtturmprojekt“ ihrer Amtszeit sein werde, das sie zur Chefsache machen werde, antwortete Karliczek sinngemäß, sie wolle sich erstmal alles genau anschauen, weil sie ja eigentlich noch keine Ahnung habe. Und dann wörtlich: Ich werde so lange fragen, bis ich ein gutes Gefühl habe, wie der Hase da so läuft.

Ja, das überzeugt! So stelle ich mir eine Bundesministerin für Bildung und Forschung vor. Sie will sich im Amt erst mal bilden und forschen, was da so los ist. Seit ich dieses Interview gesehen habe, bin ich mir aber doch nicht mehr sicher, ob es ausreicht, mal einen Bauernhof besucht zu haben, um Bundeslandwirtschaftsminister zu werden oder ob ein Sommerurlaub im Robinson Club Agadir (Marokko) dafür ausreichend qualifiziert, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu werden.

Immerhin: Ursula von der Leyen hat die Bundeswehr in ihrer Amtszeit schon jetzt so intensiv geprägt, dass sie auch nach ihrer Amtszeit unvergessen bleiben wird. ■

Klaus Kelle

ist regelmäßiger Kolumnist bei *FOCUS ONLINE* und selbstständiger Medienunternehmer www.kellecom.de



eset ENJOY SAFER TECHNOLOGY™

Nicht nur das K6 Medien Team setzt auf ESET-Software, sondern weltweit mehr als 100 Millionen zufriedene Kunden. Seit über 27 Jahren sorgt die Technologie von ESET für eine sichere digitale Welt. Die Technologie von ESET ist mit 58 Auszeichnungen Rekordhalter bei den begehrten VB100 awards. Darüber hinaus bieten die ESET-Spezialisten kosten-

losen Support für alle gängigen Systeme wie Windows, MAC OS X, Linux oder Android, – als Einzelversion oder als Paket mit bis zu fünf Plätzen und bei Bedarf sogar darüber hinaus.

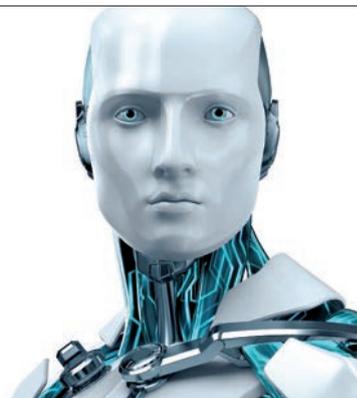
Exklusiv
für BDS Mitglieder
10%
Vergünstigung auf
ESET-Software

K6 MEDIEN ■
MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!

(0231) 33874133
info@k6-medien.de

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de





TOYOTA

NICHTS IST
UNMÖGLICH



DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense
und Pre-Collision-System.

**Exklusive Leasing Sonderkonditionen
für bezugsberechtigte Mitglieder
des Bundesverbandes der Selbständigen.**

BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business
Plus**

0,- €*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA
SERVICE
LEASING**

290 €* Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €*****
(Wartung und Verschleißreparaturen).

AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNIS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

*Unser Toyota Service Leasing Angebot¹ für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtleistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €.
Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-l-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

¹ Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017.** Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. **Überführung.** Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abruhschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.

WIR BEFINDEN UNS MITTEN IN KRIEGEN!

von Friedhelm Ost

Wir Deutschen leben längst nicht mehr auf einer fein abgeschotteten Insel der Glückseligkeit. Vielmehr sind wir mit einer Vielzahl von Kriegen konfrontiert. Die Auswirkungen und Konsequenzen sind längst spürbar; sie könnten schon bald noch gefährlicher werden. Stärker als jemals zuvor seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Deutschland gefordert, sich für friedensstiftende Aktionen zu engagieren. Rein national wird das nicht zu schaffen sein, vielmehr müssen wir dafür unsere EU-Partner mobilisieren.

Der Krieg in Syrien

Mit weitverbreiteter Gleichgültigkeit nehmen wir die Meldungen aus den Kriegsgebieten in Syrien, Afghanistan und einigen afrikanischen Regionen hin. Die Dimensionen der kriegerischen Ereignisse in Syrien sind geradezu unvorstellbar. Die Zahl der Toten und Verletzten nimmt täglich zu. Hilflose Appelle verhallen, die USA, Russland, der Iran, die Türkei und andere Staaten agieren für und gegen den syrischen Diktator Assad, der selbst seine Militärs ohne jede Rücksicht auf seine eigenen Landsleute Bomben abwerfen und wohl auch Giftgas einsetzen lässt. Die Folgen sind längst für uns überdeutlich spürbar: Der Strom der Flüchtlinge, die diesem Inferno entkommen wollen, war in den letzten Jahren bereits groß und wird kaum versiegen, solange Syrien für viele Menschen die Hölle auf Erden ist. Ebenso nimmt der Druck aus zahlreichen afrikanischen Ländern zu. Vor den mordenden Banden der Boko Haram und anderer IS-Ableger, vor den blutigen Stammesfehden versuchen viele Afrikaner zu flüchten – vor allem in Richtung Europa.

Der Krieg der Terroristen

Längst nicht gebannt sind die Gefahren der asymmetrischen Kriege. Terroristen unterwandern viele Staaten der Welt, verüben Attentate und morden blindwütig zum Teil im Namen Allahs. In Paris, London, Madrid, Brüssel oder in Berlin und anderswo haben diese Krieger in den letzten Jahren unzählige Menschen getötet und verletzt.

Die Politiker in den westlichen Demokratien reagieren zwar stets mit Abscheu und Empörung, doch tun sie sich danach immer noch schwer, wenn es um Maßnah-

men zur Stärkung der äußeren und inneren Sicherheit geht. Die Wahrung von Frieden und Freiheit, die Abwehr gegen jede Form von Krieg, der Schutz der Bürger sind die Herausforderungen von höchster Priorität. Mit rein nationalen Schritten wird man dies alles nicht erreichen können; es bedarf dazu einer viel engeren Kooperation der EU-Länder und insbesondere auch mit den USA. Die Nachrichtendienste, die Militärs



Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

und die Polizei müssen grenzüberschreitend operieren, gemeinsame friedensschaffende Verbände schaffen und das kriegerische Feuer in vielen Regionen dieser Erde löschen. Zudem muss die westliche Welt alles daransetzen, sowohl Russland als auch China im Kampf gegen Kriege und Terrorismus zu gewinnen. Ohne eine deutliche Verbesserung des Verhältnisses der EU und auch der USA zum russischen Präsidenten Putin werden sich viele globale Probleme nicht lösen lassen.

Der neue Kalte Krieg

Dabei geht es vor allem auch darum, einen neuen Kalten Krieg zwischen dem Westen und Russland zu vermeiden. Diesseits und jenseits des Atlantiks und Pazifiks wurden große Anstrengungen für eine militärische Aufrüstung angekündigt oder bereits gemacht. Dabei geht es um eine Modernisierung und Ausweitung des atomaren Waffenarsenals, das der gegenseitigen Bedrohung dienen soll. So schnell wie möglich sollte der NATO-Russland-Rat wiederbelebt werden, der einst zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten und Russland in Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gegründet wurde. Das mag gewiss mit Blick nach Washington schwierig sein, wo mit Präsident Trump ein wahrlich unkalkulierbarer Politiker herrscht und bei allem auf das Motto „America first“ setzt. Eine starke EU-Führung mit Merkel und Macron muss deshalb so schnell wie möglich mit Trump im Weißen Haus Tacheles reden und mögliche Verständigungswege zu Putin im Kreml ausloten. Denn es geht um nicht weniger, als eine Neuauflage eines Kalten Krieges mit schwerwiegenden Folgen für alle Beteiligten noch zu stoppen.

Der gefährliche Handelskrieg

Wie schwierig sich das Verhältnis zu den USA gestaltet, das hat Präsident Trump soeben mit der Eröffnung eines Handelskrieges gezeigt. Nach der bereits erfolgten Einführung von Importzöllen auf Oliven, Solarmodule und Waschmaschinen will der US-Präsident nun auch Zölle von 25 Prozent auf Stahleinfuhren und von 10 Prozent auf Aluminium-Importe verhängen. Mit diesem Schritt macht er Front gegen viele Länder – vor allem gegen Kanada, Südkorea, Mexiko und Brasilien, gegen EU-Staaten, insbesondere auch Deutschland sowie gegen Russland und China. Wenn es nicht gelingt, diesen von Trump eröffneten Handelskrieg noch zu vermeiden, droht sich die Spirale des Protektionismus gefährlich schnell zu drehen. Schon wollen die Europäer zurückschießen und Zölle auf Waren aus den USA etwa auf Orangensaft aus Kalifornien, Whisky und Harley-Davidson-Motorräder erheben. Diese „beggar my neighbour“-Politik könnte schnell eskalieren und zu großen weltwirtschaftlichen Verwerfungen führen. Denn schon droht Trump als möglichen nächsten Schlag mit Sanktionen

gegen ausländische Auto-Importe, was insbesondere die deutsche Industrie hart treffen würde. Trumps plumper populistischer Protektionismus könnte schon bald zu einem Desaster für die Weltwirtschaft werden. Denn es ist wahrscheinlich, dass nicht nur mit dem Einsatz von reziproken handelspolitischen Waffen zu rechnen ist, sondern auch mit währungspolitischen Manipulationen, mit denen die Wechselkurse „verfälscht“ werden könnten. Dabei hat die Volksrepublik China eine enorm starke Position: Keinem anderen Land der Welt schulden die USA so viel Geld, nämlich insgesamt rund 1,15 Billionen Dollar oder fast 1 000 Mrd. Euro. Chinas starker Staatschef Xi Jinping verfügt also über wirksame Waffen im Handels- und Währungskrieg mit den USA.

Der Cyber-Krieg

Schließlich haben wir es bereits seit längerem mit Cyber-Kriegen zu tun. Diese kriegsartige Neuerscheinung wurde möglich dank der Digitalisierung, die sich mit einem hohen Tempo in nahezu alle Bereiche aus-

gebreitet hat und noch stärker ausbreiten wird. Wer die Daten hat, hat die Macht – so lautet hier die Strategie. Hacker sind längst aktiv und dringen in die Netze von Regierungen, Parlamenten, Firmen, Institutionen und Privaten ein. Selbst das Ausspionieren des Handys der Bundeskanzlerin durch andere Regierungen blieb da nicht aus, obwohl Angela Merkel das zynisch so verurteilte: „Unter Freunden geht das gar nicht!“ Die Anstrengungen für die digitale Sicherheit müssen wesentlich verstärkt werden, denn die Schar der Cyberkrieger dürfte eher zu- denn abnehmen. Sie können digital alles Mögliche ausforschen und auch manipulieren – im Regierungsapparat ebenso wie in der Bundeswehr, im Bankenbereich ebenso wie im Gesundheitssystem. Propaganda aus Moskau oder woher auch immer wird schon seit langem per Fake News betrieben.

Die neue Bundesregierung kann nun nach dem 66 Prozent-Votum der SPD-Mitglieder starten und auf eine stabile Mehrheit im Bundestag bauen. Die Leitlinien des bereits ausgehandelten GroKo-Koalitions-

vertrages sind für die Legislaturperiode formuliert. Die Akzeptanz der neuen GroKo in breiten Schichten der Bevölkerung wird steigen, wenn vor allem das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wieder zunehmen wird. Denn viele sorgen sich um die Bedrohungen von außen und innen, um die Kriege und deren Folgen, um terroristische Attacken drinnen wie draußen. Frieden und Freiheit haben in dieser gefährlichen politischen Phase die höchste Priorität und können nur mit einer starken Bundesregierung einigermaßen gesichert werden. Angela Merkel und ihr GroKo-Team sind innen- und außenpolitisch enorm gefordert, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Ohne einen engen Schulterschluss mit den europäischen Partnern vor allem mit Frankreich, ohne eine Verständigung mit den USA, Russland und China wird es nicht gelingen, Deutschland vor den Gefahren der Schlechtwetterfront und vor den Folgen der vielfältigen Kriege einigermaßen schadlos zu halten und vor heftigen Kollateraleinschlägen zu schützen. ■

Anzeige



 Autorisierter Shell
Tankkartenpartner

Exklusiv für BDS Mitglieder:

Jetzt Partnerkonditionen

für die euroShell Card sichern

Bis zu 5* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin

mit dem Aktionscode BDS2017

Gleich Rückruf vereinbaren!



 Bund der Selbständigen
Landesverband NRW e.V.

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**

FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg

(*Angebot gilt nur für Neukunden)



Jan Hosan für www.wir-hier.de

„Ziele waren nicht realisierbar“

Minister Volker Wissing verteidigt Abbruch der Jamaika-Sondierungen durch die FDP

Innerhalb der FDP, aber auch auf dem Berliner Parkett gilt Volker Wissing als ausgewiesener Finanz- und Wirtschaftsexperte.

Der studierte Jurist ist seit dem 18. Mai 2016 rheinland-pfälzischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau und zugleich stellvertretender Ministerpräsident.

Zuvor war er von Januar 2004 bis zur Bundestagswahl im Jahr 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Hier war er bis 2009 Obmann der FDP im Finanzausschuss und danach (ab 12. November 2009) Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages. Ab März 2010 bekleidete er auch das Amt des finanzpolitischen Sprechers der FDP-Bundestagsfraktion.

Nach dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl 2013 konzentrierte sich Wissing auf die Arbeit in seinem Bundesland Rheinland-Pfalz. Bei der Landtagswahl 2016 trat Volker Wissing als Spitzenkandidat der FDP an und führte die Partei zurück in die parlamentarische Verantwortung. Da Rheinland-Pfalz durch eine sogenannte Ampelkoalition regiert wird und Wissing sich bei den Koalitionsverhandlungen den Ruf als verlässlicher und sachorientierter Verhandlungsführer erworben hatte, war es nahezu dem Gesetz der Logik folgend, dass der FDP-Spitzenpolitiker auch in

die Verhandlungskommission seiner Partei für die sogenannten Jamaika-Sondierungsgespräche berufen wurde.

Nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche von CDU/CSU, Bündnisgrünen und FDP verteidigte Wissing den Abbruch der Gespräche durch die FDP als das „einzig Richtige“.

In einem Interview mit der FAZ beklagte der FDP-Wirtschaftsexperte die fehlende Diskursfähigkeit bei CDU/CSU und in besonderem Maße bei den Bündnisgrünen. Wissing wörtlich: „Jamaika wäre eine Chaos-Regierung geworden.“ Alle großen Problembereiche seien ungeklärt geblieben: Soli, Klima, Verkehr und Migration. Ein für die FDP zentrales Projekt, die Abschaffung des Soli in der jetzigen Legislaturperiode, sei nie ernsthaft von den anderen Gesprächspartnern erwogen worden. So sei für die FDP-Verhandlungsführer deutlich geworden: Jamaika bedeute die Fortsetzung von Schwarz/Rot – ergänzt um eine Wunschliste der Grünen.

So überrascht es nicht, dass der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD auf knallharte Kritik von Volker Wissing trifft. Welche Koalitionsvereinbarungen besonders den Widerspruch des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministers hervorrufen, erläuterte Volker Wissing in einem Gespräch mit Joachim Schäfer.

? Zu den wichtigsten Punkten des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD. Wie bewerten Sie die sachgrundlose Befristung, also Arbeitsverträge ohne triftigen Grund zu befristen?

Volker Wissing: Befristete Arbeitsverträge dienen oftmals auch als Sprungbrett in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis. Zahlen des IAB-Betriebspanels zeigen, dass rund 41 Prozent der Beschäftigten nach Ablauf der Befristung übernommen werden. Andererseits spiegeln befristete Verträge vielfach die aktuelle Arbeitswelt wieder. Gerade an staatlichen Hochschulen sind befristete Arbeitsverhältnisse sehr verbreitet, da sie an bestimmte Projekte geknüpft sind. Das projektbezogene Arbeiten nimmt auch bedingt durch die Digitalisierung zu. Der Versuch, befristete Arbeitsverhältnisse unter gezielter Verkennung der ökonomisch-gesellschaftlichen Realitäten per Gesetz einzuschrän-

ken, ist bestenfalls ein Ausdruck politischer Hilflosigkeit im Hinblick auf die Herausforderungen unserer Zeit.

? Das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit?

Volker Wissing: Dass dieser Wunsch von vielen Beschäftigten geteilt werden dürfte, steht außer Frage. Und weil dies der Fall ist, gehört eine solche Forderung auch nicht in Koalitions-, sondern in Tarifverhandlungen. Es ist eine bedenkliche Tendenz, dass die Große Koalition zunehmend über gesetzgeberische Vorgaben in Themenbereiche hineinregiert, die klassischer Weise von den Tarifparteien verhandelt werden sollten. Auf diese Weise wird die in einer sozialen Marktwirtschaft äußert sinnvolle Abwägung zwischen dem, was gesellschaftspolitisch wünschenswert und dem, was wirtschaftlich möglich ist, per Gesetz außer Kraft gesetzt.

? Die paritätische Finanzierung der Krankenkassenbeiträge?

Volker Wissing: Die Entscheidung, die paritätische Finanzierung aufzugeben, war auch dem geschuldet, dass die kontinuierlich steigenden Sozialbeiträge zunehmend die Wirkung einer Strafsteuer auf Beschäftigungsverhältnisse entfaltet haben. Die Große Koalition unternimmt z.B. erst gar nicht den Versuch, die Kosten im Gesundheitswesen so zu reduzieren, dass Zusatzbeiträge künftig überflüssig werden können, statt dessen setzt sie auf eine weitere Verteuerung der Arbeit in Deutschland.

? Die Obergrenze bei den Zuwanderungszahlen und der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte?

Volker Wissing: Wir dürfen die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft und die Arbeitsfähigkeit unserer Institutionen nicht

überfordern. Auch wenn es eine schwere Entscheidung ist – ich halte sie deshalb für richtig.

? Die Einführung des Bau-kindergeldes?

Volker Wissing: Die Große Koalition verteilt hier großzügig Steuergeld, dessen Wirkung verpuffen wird. Das größte Problem von jungen Familien beim Eigentumserwerb sind nicht die monatlichen Raten, sondern es sind die hohen Nebenkosten. Hier müsste die Politik ansetzen, um Eigentum erschwinglicher zu machen, etwa durch Freibeträge bei der Grunderwerbssteuer.



? Die teilweise Aufhebung des Kooperationsverbots?

Volker Wissing: Das finde ich richtig. Ich habe mich selbst dafür stark gemacht. Wir dürfen in einer so elementar wichtigen Zukunftsfrage wie der Bildung nicht im föderalen Klein-Klein versinken.

? Der nur teilweise Abbau des Solidaritätsbeitrages?

Volker Wissing: Hier wurde eine Chance vertan. Der Solidaritätszuschlag wurde als eine zeitlich begrenzte Steuer eingeführt – und wird zur Dauereinrichtung. Außerdem wäre ein vollständiger Abbau gerade in Zeiten der Rekordsteuereinnahmen und Haushaltsüberschüsse ein wichtiges Signal, dass der Staat die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur kontinuierlich erhöht, sondern auch bereit ist, etwas zurückzugeben. Bei CDU/CSU und SPD ist die Bereitschaft dazu nicht vorhanden, was ein deutlicher Beleg dafür ist, wie groß mittlerweile die Distanz beider Parteien zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land geworden ist.

? Wie das Nachrichtenmagazin *Focus* berichtete, bietet Christian Lindner der Union an, im Falle eines Scheiterns der Großen Koalition eine Minderheitsregierung zu unterstützen. In welchen Bereichen können Sie sich denn die Unterstützung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung vorstellen?

Volker Wissing: Wir würden eine Minderheitsregierung überall dort unterstützen, wo es darum geht, wichtige Weichen für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu stellen, zum Beispiel bei der Unterstützung der Digitalisierung, dem Ausbau der Breitbandversorgung. Natürlich unterstützen wir auch eine Steuerreform und alles, was unsere Bildungsangebote – von der Kita bis zur Hochschule – verbessert.

? Gegenüber der Zeitschrift *Wirtschaftswoche* haben Sie erklärt, dass zu einem echten Kassensturz gehöre, die Notwendigkeit der beschlossenen Gesetze zu überprüfen. Wäre es in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll, künftige Gesetze nur noch auf Zeit zu beschließen, beziehungsweise mit einem Verfallsdatum zu versehen und sie nur dann zu bestätigen, wenn es hierfür die entsprechenden Notwendigkeiten gibt?

Volker Wissing: Die Idee ist sicher verlockend, aber mit der gesetzgeberischen Realität leider nur schwer vereinbar. Der Bundestag müsste dann nicht nur die aktuelle Gesetzgebung beschließen, sondern auch zur Erneuerung anstehende Gesetze. Der Bundestag wäre bald nur noch damit beschäftigt, bereits existierende Gesetze vor dem Auslaufen zu bewahren und könnte sich kaum mehr zukunftsgerichteten Fragestellungen widmen.

? Sie plädieren für eine Senkung der öffentlichen Ausgaben auf 40 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und wollen die

Steuerquote, also die Steuerbelastung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, auf 20 Prozent senken. Und wodurch wollen Sie in der Opposition dieses hehre Ziel erreichen?

Volker Wissing: Weil dies eines der Ziele war, die erkennbar in einer Koalition mit CDU/CSU und Grünen nicht realisierbar gewesen wäre, haben wir die Jamaika-Sondierungen beendet. In der Opposition werden wir nun die CDU/CSU sowie die SPD mit diesem Thema konfrontieren und es immer wieder thematisieren. Dabei sind wir glaubwürdiger, als wenn wir in einer Jamaika-Koalition eingetreten wären und das Ziel einfach aufgegeben hätten.

? Wer heute das 1,6fache des Durchschnitts verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache.

Volker Wissing: 1958 wurde der Spitzensteuersatz ab einem Einkommen in Höhe von 110.000 DM erhoben, das entspricht einem Betrag von etwa 56.000 Euro. Heute wird er bereits ab einem Einkommen in Höhe von rd. 55.000 Euro fällig. Die Einkommensgrenzen haben sich damit kaum geändert, was sich aber sehr stark geändert hat, sind die Kaufkraft und die Einkommensverhältnisse. 1960 bezahlten Spitzenverdiener, wie Bankdirektoren oder Manager, den Spitzensteuersatz, heute sind bereits gut verdienende Facharbeiter davon betroffen. Ein gerechtes Steuersystem sollte eigentlich die unterschiedliche Leistungsfähigkeit innerhalb einer Gesellschaft berücksichtigen. Das deutsche Steuersystem kennt nur noch Geringverdiener, die von der Steuer befreit sind, während die gesellschaftliche Mitte wie Spitzenverdiener besteuert wird. Das deutsche Steuersystem müsste dringend an die gesellschaftlichen Realitäten angepasst werden, leider sind dazu weder CDU/CSU noch die SPD wirklich bereit.

? Der jüngste Herbststurm sorgte für Chaos auf dem deutschen Energiemarkt, weil während des starken Windes so viel

Energie erzeugt wurde, dass der Strompreis kollabierte – also ins Negative fiel. Soll heißen: Wer an der Energiebörse seinen Strom verkaufte, musste seinen Abnehmern dafür Geld bezahlen. In der Spitze 83,06 Euro pro Megawattstunde. Für den Verbraucher heißt das: Wenn die Preise an den Strombörsen negativ sind, erhöht sich die Differenz zwischen garantiertem Vergütungssatz und dem Marktpreis und damit der entsprechende Subventionsbetrag. Dies führt wiederum zur steigenden EEG-Umlage. Was gedenkt die FDP zu tun, um derart absurde Entwicklungen zu beenden?



Volker Wissing: Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat die Marktwirtschaft aus dem Energiemarkt verbannt. Die Dauersubventionierung der erneuerbaren Energien ist nicht zukunftsfähig und verhindert nachhaltige Geschäftsmodelle und einen technologieneutralen Wettbewerb. Erneuerbare Energien haben bereits einen Anteil von rund 30 Prozent am Strommarkt. Damit ist das Ziel des EEG, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. In dem Maße, in dem die erneuerbaren Energien einen immer größeren Anteil an der Energieversorgung übernehmen, müssen wir dazu übergehen, deren Dauersubventionierung zu beenden und sie anderen Energieträgern gleichzustellen.

? Die FDP will die EU so reformiert wissen, dass die EU-Kommission sich nur noch um Dinge kümmert, die international besser geregelt werden können als national. Was soll nach Ihrer Ansicht wieder von der EU-Ebene auf die nationale Ebene zurückgeführt werden?

Volker Wissing: Grundsätzlich sollten wir das Subsidiaritätsprinzip stärker achten. Was auf der unteren politischen Ebene geregelt werden kann, sollte auch dort geregelt werden. Da gibt es viele Einzelfragen, auch zum Beispiel in der Agrarpolitik, bei denen ich keine Notwendigkeit sehe, dass diese in Brüssel entschieden werden. Des Weiteren lehne ich einen Ausbau der Sozialstaatspolitik in Europa ab. Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial Schwacher selbst verantwortlich bleiben. Auch eine Vergemeinschaftung von Staatsschulden darf es nicht geben.

? Zitat Christian Lindner: „Mit der Politik von Herrn Draghi, einer Politik des niedrigen Zinses, haben wir mehr Schulden und weniger Reform als vorher. Deshalb muss diese Politik beendet werden. Wir wollen das Vertrauen in den Rechtsstaat und die Währungsunion wieder herstellen. Und deshalb wird eine FDP im

Deutschen Bundestag keiner weiteren Verletzung europäischer Verträge zustimmen.“ Ist diese Aussage in Stein gemeißelt?

Volker Wissing: Die FDP will den Euro und deshalb drängen wir auch auf eine Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Ein stabiler Euro ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa. Stabilität gründet auf soliden Haushalten, wettbewerbsfähigen Volkswirtschaften und krisenfesten Finanzsektoren. Eine widerrechtliche Nutzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

sowie eine dauerhafte Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahler lehnen wir ab.

? Ihre Partei sieht den Ausschluss Russlands aus der G8 sehr kritisch. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die FDP als Oppositionspartei über die Bundesregierung Einfluss auf die übrigen G8-Mitglieder nehmen kann?

Volker Wissing: Es hat gute Tradition in Deutschland, dass die staatstragenden Parteien in außenpolitischen Fragen eng beieinander stehen und sich eng abstimmen. Die Abgeordneten der FDP sind in den entsprechenden Ausschüssen des Bundestags vertreten und ihre Stimme wird dort gehört. Zugleich sind Vertreter der FDP in transnationalen Gesellschaften aktiv und werden auch dort gehört. Andererseits ist es auch an Russland zu zeigen, dass das Land gewillt ist, der mit der Aufnahme in diesen Kreis verbundenen besonderen Verantwortung für Frieden und Freiheit in der Welt gerecht zu werden. ■

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224
Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Unser exklusives Top-Angebot: Bis zu fünf Cent Preisnachlass pro Liter für Diesel und Benzin

Die euroShell Card von FLEETCOR spart BDS-Mitgliedern Zeit und Geld

Die Firma FLEETCOR ist ein unabhängiger, globaler Anbieter von speziellen Zahlungslösungen und -dienstleistungen wie Tankkarten, Essenskarten, Unternehmenskarten für vergünstigte Hoteltarife und weitere spezielle Bezahlleistungen für Unternehmen in der ganzen Welt. Insgesamt nutzen mehr als 500 000 Kunden die Services und Leistungen von FLEETCOR.

Die Dienstleistungen reichen von der Transaktionsabwicklung bis zum kompletten Programm-Management. Die eigenen Plattformen, Programme und Infrastrukturen sind anpassungsfähig und skalierbar. So lassen sich die Anforderungen einer breiten Palette unterschiedlicher Partner erfüllen.

In Mittel- und Westeuropa vertritt und betreibt FLEETCOR mit einem internationalen Team aus über 400 Mitarbeitern die „euroShell Card“, die Tankkarte, mit der kleine und mittelständische Unternehmen sicher und bargeldlos alle Transaktionen rund um ihre Firmenfahrzeuge abwickeln können.

Der Bezahlstandard an der Tankstelle

Mit der euroShell Card können Kraft- und Schmierstoffe, aber auch alle Leistungen rund um Wartung und Pflege der Fahrzeuge abgewickelt werden. Darüber hinaus lassen sich nach Bedarf Getränke und Snacks sowie Maut und Fähren mit der Karte bezahlen. Neben der Kaufabwicklung ist die zentrale Verwaltung der Fahrzeuge, die Kosten und Rabatte auf einer Rechnung ausweist, zentraler Bestandteil des Produktes.

So funktioniert die euroShell Card

Der Unternehmer bestellt für jedes Firmenfahrzeug eine Tankkarte. Er oder seine Mitarbeiter können damit alle Bezahlvorgänge an der Tankstelle schnell und bargeldlos bestreiten. Ein zuvor festgelegter Wunsch-Pin garantiert sicheren Transfer. Am Ende des Monats erhält das Unternehmen per Post, E-Mail oder im Online-Account eine Sammel-



Altan Cörekci, FLEETCOR Partnermanager

rechnung, die alle Positionen aufstellt und die Mehrwertsteuer bereits für die Rückerstattung ausweist. Die Rechnung wird nach vereinbarter Fälligkeit beglichen und geht direkt an die Buchhaltung oder den Steuerberater. Damit werden alle Kasseneinzelbelege sowie deren Organisation überflüssig.

Das Tankstellennetzwerk umfasst in Deutschland zirka 2 200 Shell-Stationen und weitere 2 800 Partner-Tankstellen (Total, Esso und AVIA). In ganz Europa wird die euroShell Card an 25 000 Tankstellen akzeptiert.

Im Online-Portal „Self Serv“ lassen sich Fahrzeuge und Kosten gegenüberstellen. So kann der Verbrauch verglichen und die Kosten auf einen Blick überwacht werden. Welche Karte für welche Zahlvorgänge benutzt werden darf, lässt sich ebenfalls online administrieren.

Businesspartner für den Mittelstand

Damit ist die euroShell Card mehr als ein Bezahlstandard an der Tankstelle. In der Gesamtheit ihrer Funktionen von der kostenfreien Fahrzeug- und Flottenverwaltung, die Möglichkeit jederzeit ohne Bargeld oder Vorleistung Fahrzeuge betanken und warten zu können und der immensen Zeitersparnis,

die jede Ablage von Einzelbelegen überflüssig macht, ist die euroShell Card für viele Kunden ein unverzichtbar gewordener Businesspartner.

„Viele Kunden bestätigen uns, dass sie früher einen halben Arbeitstag im Monat Tankbelege sortiert, geprüft, verrechnet und abgelegt haben. Bei fünf Firmenfahrzeugen, die zweimal die Woche tanken, sind das ganze fünf Minuten pro Tankbeleg. Das ist Zeit, die Sie sich mit der automatischen Sammelrechnung der euroShell Card ganz einfach sparen. Und wer hätte nicht gerne mehr Freizeit oder Arbeitszeit zur Verfügung?“, erklärt Altan Cörekci, Partnermanager bei FLEETCOR.

Für jedes Unternehmen das passende Modell

Die Tankkarte lohnt sich bereits ab dem ersten Fahrzeug. Je nachdem, ob sich ein Kunde mit seinen Fahrzeugen mehr in der Heimatregion, deutschlandweit oder international bewegt, bietet FLEETCOR unterschiedliche Modelle an. Dabei ist FLEETCOR in der Lage, Rabatte von bis zu 5 Cent pro Liter an seine Kunden auszuschütten. Ungewöhnlich für den deutschen Markt ist dabei, dass Rabatte nicht nur auf Diesel, sondern auch auf Benzin eingeräumt werden. Wer noch etwas Gutes für die Umwelt tun möchte, kann automatisch ein Prozent des Netto-Umsatzes dem „Clean Advantage-Programm“ von Shell zukommen lassen.

In diesem Rahmen unterstützt FLEETCOR viele Initiativen und Projekte, die sowohl regional als auch weltweit das in der Atmosphäre vorkommende CO₂ reduzieren. ■

Rückfragen:

FLEETCOR Deutschland GmbH
Frankenstraße 150c
90461 Nürnberg
Altan Cörekci
Partnermanager
altan.coerekci@fleetcor.de

euroShell Card – Kontaktformular

Telefax: 0911 92 35 01 35 | kundewerden@fleetcor.de

Vor- und Nachname *

Firmenname*

Anschrift*

Telefonnummer*

E-Mail-Adresse*

Mitgliedsnummer

Aktionscode*

Anzahl PKW / LKW

Verbrauch Liter / Monat

Unterschrift

Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung und Verwendung der angegebenen Daten und stimme einer Nutzung zum Zwecke der Kontaktaufnahme im Rahmen meines Interesses an einer Tankkarte durch die FleetCor Deutschland GmbH und Ihren Geschäftspartnern zu. Ich erkläre mich sowohl der telefonischen Kontaktaufnahme wie auch der Kontaktaufnahme per Brief und E-Mail zum Zwecke der Beratung und Marketing bereit.



Unpfändbar: Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszulagen

Zulagen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind Erschwerungszulagen iSv. § 850a Nr. 3 ZPO und damit im Rahmen des Üblichen unpfändbar. Zulagen für Schicht-, Samstags- oder sog. Vorfestarbeit sind dagegen der Pfändung nicht entzogen.

Hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang und welcher Höhe Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit als „üblich“ und damit unpfändbar iSv. § 850a Nr. 3 ZPO anzusehen sind, kann an die Regelung in § 3b EStG angeknüpft werden. (Mitteilung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 23. August 2017 zu seinem Urteil vom selben Tage, Az. 10 AZR 859/16).

Die Klägerin arbeitet bei der Beklagten, die Sozialstationen betreibt, als Hauspflegerin. Nach einem zwischenzeitlich aufgehobenen Insolvenzverfahren befand sich die Klägerin in der sog. Wohlverhaltensphase, in der sie ihre pfändbare Vergütung an einen Treuhänder abgetreten hatte. Im Zeitraum Mai 2015 bis März 2016 führte die Beklagte von der jeweiligen Nettovergütung der Klägerin den sich aus ihrer Sicht ergebenden

pfändbaren Teil der Vergütung an den Treuhänder ab. Dabei berücksichtigte sie auch die an die Klägerin gezahlten tarifvertraglichen Zuschläge für Sonntags-, Feiertags-, Nacht-, Wechselschicht-, Samstags- und Vorfestarbeit als pfändbar. Die Klägerin, die diese Zuschläge als unpfändbare Erschwerungszulagen iSv. § 850a Nr. 3 ZPO ansieht, begehrt von der Beklagten Zahlung von insgesamt 1.144,91 Euro, die diese zu viel an den Treuhänder abgeführt habe. Die Vorinstanzen haben der Klage stattgegeben.

Auf die Revision der Beklagten hat der Zehnte Senat des Bundesarbeitsgerichts das Urteil des Landesarbeitsgerichts aufgehoben. Die Vorinstanzen haben allerdings zutreffend angenommen, dass Zulagen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit Erschwerungszulagen iSv. § 850a Nr. 3 ZPO und deshalb unpfändbar sind. Der Gesetzgeber hat in § 6 Abs. 5 ArbZG die Ausgleichspflichtigkeit von Nachtarbeit geregelt, die von ihm als besonders erschwerend bewertet wurde. Sonntage und gesetzliche Feiertage stehen kraft Verfassung (Art. 140 GG iVm. Art. 139 WRV) unter besonderem Schutz. § 9 Abs. 1 ArbZG ordnet an diesen Tagen ein grundsätzliches Beschäftigungsverbot an. Damit geht der

Gesetzgeber auch hier von einer Erschwerung aus, wenn an diesen Tagen dennoch gearbeitet wird.

Eine entsprechende gesetzgeberische Wertung gibt es für Schicht-, Samstags- und Vorfestarbeit hingegen nicht. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Sonderregelung des § 850a ZPO zwar dem Schuldnerschutz dient und diesem einen größeren Teil seines Nettoeinkommens als unpfändbar belassen will. Angesichts der ebenso in den Blick zu nehmenden Gläubigerinteressen bedarf die in § 850a Nr. 3 ZPO geregelte Unpfändbarkeit von Erschwerungszulagen aber einer sachlichen Begrenzung. Der Senat konnte nicht abschließend entscheiden, da zur genauen Höhe der zu Unrecht an den Treuhänder abgeführten Vergütung eine weitere Sachaufklärung erforderlich ist. ■

Rückfragen:

RA Michael Henn, Fachanwalt für Erbrecht
 Fachanwalt für Arbeitsrecht
 Rechtsanwälte Dr. Gaupp & Coll
 Kronprinzstr. 14, 70173 Stuttgart
 Tel.: 0711/30 58 93-0, Fax: 0711/30 58 93-11
 stuttgart@drgaupp.de, www.drgaupp.de

Der Autor ist Präsident der VDAA.



BDS.

Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter: www.bds-dgv.de.

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:

Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: info@bds-dgv.de

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) _____

Vorname/Nachname

Straße

Firma

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon

Datum/Unterschrift

Neuer Service: Telekommunikation 4.0

Schrader & Trojan bietet
BDS-Mitgliedern maßgeschneiderte
Telefon- und Internetlösungen



Moderne Kommunikation in Unternehmen erleichtert die Arbeit von Management und Mitarbeitern. Die Nachfrage nach maßgeschneiderten Telekommunikationslösungen im Zeitalter von Wirtschaft 4.0 steigt stetig an. Doch die Suche nach dem individuellen Konzept ist angesichts der zahlreichen Kommunikationsanbieter unübersichtlich.

Hier hilft das 21-köpfige Team von Schrader&Trojan aus Dortmund gerne weiter.

Der Komplett-Dienstleister für mobile Kommunikation, Festnetztelefonie, Navigation und Flottentelematik zählt zu den Spezialisten der Branche. Seit über 60 Jahren ist das Unternehmen am Markt und pflegt mit seinen Kunden oftmals jahrzehntelange Geschäftsbeziehungen.

„Wir analysieren den Bedarf unserer Kunden. Wir beraten zielorientiert. Und wir suchen anschließend aus dem Angebotsportfolio von TELEKOM, VODAFONE oder O2 die optimalen Tarife und Konditionen aus“, sagt Geschäftsführer Andreas Trojan. Dabei kommt das umfangreiche und langjährige Expertenwissen über Rahmenverträge zum Tragen, mit dem Schrader&Trojan quasi die Rolle eines Consultants im Auftrag des Kunden

übernimmt. Bei der notwendigen Analyse werden die Rechnungen des Kunden, das Gesprächsverhalten der Mitarbeiter und das benötigte Datenvolumen untersucht.

Als zusätzlichen Service bieten die Spezialisten an, vor Ablauf der zumeist 24-monatigen Mobiltarifverträge nach zeitgemäßen Folgetarifen zu suchen.

Das Knowhow des Business-Partners ist für den Kunden bares Geld wert.

Integration von Festnetz und Mobilkommunikation

„Natürlich kombinieren wir auch standortübergreifend Festnetz, Internet und Mobilfunk“, erklärt Festnetz Fachberater Erik Kastel. „Wir helfen bei der Suche nach optimalen Tarifen rund um Glasfaser- oder Standleitungen und beraten unsere Kunden bei der Umstellung auf neue Technik.“ So stelle die Telekom bis Ende kommenden Jahres ihr ISDN-Netz auf internetbasierte All-IP-Technik um. Dies bedeutet für jeden Gewerbebetrieb, dass er sich mit diesem Thema beschäftigen muss! „Wir übernehmen auf Kundenwunsch die Umstellung“, sagt Kastel.

Zusätzlich liefert das Unternehmen die jeweils nötige Hardware und plant, baut und-

programmiert Telefonanlagen für kleine und mittlere Unternehmen.

Telematik für Fahrzeugflotten – Treibsatz Ihrer Effizienzsteigerung

Ein weiteres Standbein ist die Telematik und Navigation. Die modernen Lösungen von TOMTOM Telematics helfen, Routenplanungen zu erstellen und Leerfahrten zu verhindern. Nutznießer sind insbesondere Transport-, Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen. „Die Disponenten können außerdem die Stand- und Ladezeiten ermitteln und wissen jederzeit, wo sich das Fahrzeug gerade befindet. Zusätzlich erhalten die Fahrer alle wichtigen Informationen über optimale Fahrtroute und Auftragsdetails“, erklärt Produktspezialist Stephan Mühlbrandt. Die Lieferung und Montage der notwendigen Technik geschieht auf Wunsch auch beim Kunden vor Ort, was für diesen wiederum sehr rationell und wirtschaftlich ist. Und auch in diesem Geschäftsbereich gilt für Andreas Trojan: „Bei allen Fragen stehen wir persönlich zur Verfügung und für eine optimale Beratung gerade. Unsere Kunden haben langfristige, konstante, freundliche und kompetente Ansprechpartner.“



Wollen Sie auf modernere
Kommunikationstechnik
umsteigen und dabei
noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen
gerne dabei!

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund
Telefon: 0231-950170 · www.schrader-trojan.de
E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de



Exklusiv für BDS Mitglieder:

Jetzt Partnerkonditionen für die euroShell Card sichern

**Bis zu 5* Cent Preisnachlass pro Liter Diesel und Benzin
mit dem Aktionscode BDS2017**

Mehr Infos hier!



- sicheres und bargeldloses Tanken
- 25 000 Tankstellen in Europa
- 2 200 Shell-Tankstellen und weitere 2800 Partnertankstellen (Total, Esso und AVIA) in Deutschland
- komfortable Fahrzeugverwaltung
- alles auf einer Rechnung im praktischen PDF-Format – ohne Belege und lästige Verwaltung
- Rabatte auf Diesel und Benzin
- mehr Überblick und Kostenkontrolle beim Tanken
- keine Mindestabnahmemenge von Kraftstoff oder Tankkarten

Gleich Rückruf vereinbaren!



BDS
Bund der Selbständigen
Landesverband NRW e.V.

BDS.
Bundesverband der Selbständigen

Wir sind auch telefonisch für sie da: **Partnerhotline 0911 / 149 554 92**
FLEETCOR Deutschland GmbH, Frankenstraße 150c, 90461 Nürnberg

(*Angebot gilt nur für Neukunden)